

Rathaus-Korrespondenz

F 57291
Julius Aug
1960
47

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 1. Juli 1960



Blatt 1355

Die schwedischen Pflegeeltern zu Gast im Wiener Rathaus

1. Juli (RK) Bürgermeister Jonas gab gestern abend im Festsaal des Rathauses den in Wien weilenden schwedischen Pflegeeltern von Wiener Kindern einen Empfang. Zur Begrüßung der 400 lieben Gäste aus Schweden, unter denen sich auch der schwedische Konsul Kalhorn, der Göteborger Bürgermeister Jungen und der Stockholmer Stadtrat Mehr befanden, hatten sich mit dem Bürgermeister die Stadträte Bauer, Heller, Maria Jacobi und Sigmund im festlich geschmückten Saal eingefunden.

Bürgermeister Jonas dankte in seiner Begrüßungsansprache der Schwedisch-österreichischen Gesellschaft dafür, daß sie den Wienern die Freude verschafft hat, so viele alte Freunde aus Schweden bei uns begrüßen zu dürfen. Damals vor 40 Jahren, sagte er, als sich die Schweden unserer Kinder annahmen, um sie für einige Zeit den Hunger vergessen zu lassen, wurde der Grundstein zu einer innigen Freundschaft zwischen Schweden und Österreich gelegt. "Wir hoffen", sagte der Bürgermeister, "daß Sie in Wien schöne und fröhliche Tage des Wiedersehens mit ihren Pflegekindern von damals erleben werden. Leider können wir aber die 40 Jahre, die inzwischen verflossen sind, nicht streichen und sie nicht in die Zeit ihrer ersten Begegnung mit unseren Kindern versetzen. Vier Jahrzehnte sind über uns gegangen, unverändert aber sind die freundschaftlichen Gefühle Wiens zu den bewährten Freunden in Schweden geblieben!"

Die herzliche Atmosphäre des Freundschaftstreffens im Rathaus, musikalisch umrahmt mit Darbietungen des Orchesters Prof. Faltl, hielt bis in die späten Nachtstunden an. Nach dem Empfang im Festsaal brachte vor dem beleuchteten Rathaus die Musikkapelle der Gaswerke den schwedischen Gästen ein Ständchen. Den Abschluß auf den Rathausplatz bildete eine Rede des Stockholmer Stadtrates Mehr, in der er der Wiener Bevölkerung für die herzliche Aufnahme seiner Landsleute in Wien dankte.

- - -

Wiener Sommerkonzerte in der Zeit vom 1. bis 10. Juli
 =====

1. Juli (RK)

Datum:	Ort:	Veranstaltung:
Freitag 1. Juli	1. Bezirk Burggarten 17.00	Promenadekonzert (Zutritt frei): Wiener Konzertorchester, Dirigent Franz Zelwecker (Oscar Straus, Johann Strauß, Joseph Hellmesberger, Carl Michael Ziehrer, Karl Komzak, Franz Lehár, Emerich Kalman, Karl Paus- pertl, Franz Zelwecker)
	19. Bezirk Strauß-Lanner- Park 17.30	Konzert der Musikkapelle der Wiener Gaswerke (Zutritt frei)
	Akademie der Wissenschaften 20.00	Palaiskonzert (Sitzplätze 20, 30 und 40 Schilling) Liederabend Hilde Rössel-Majdan, am Flügel Hermann Nordberg (Franz Schubert, Anton Dvořák, Gustav Mahler, Bela Bartok)
Samstag 2. Juli	Wiener Rathaus Arkadenhof 20.00	Orchesterkonzert (Sitzplätze 10 S): Wiener Symphoniker, Dirigent Wolfgang Sawallisch (E.N. v. Reznicek: Ouver- ture zu "Donna Diana"; Joseph Haydn: Symphonie Nr. 94 G-Dur "Mit dem Paukenschlag"; Armin Kaufmann: Tanz- stück; Anton Dvořák: 4. Symphonie G-dur, op. 88)
Sonntag 3. Juli	1. Bezirk Rathausplatz 10.30	Konzert der Musikkapelle des Garde- bataillons Wien, Leitung Dr. Fried- rich Hodick (Zutritt frei)
Montag 4. Juli	3. Bezirk Belvedere-Garten 17.00	Promenadekonzert (Zutritt frei): Wiener Konzertorchester, Dirigent Leopold Grossmann (Ernst Fischer, Wilhelm Kienzl, Leopold Grossmann, Johann Svendsen, Karl Hawranek, Julius Herrmann, Theo Mackeben, Eduard Macku, Pepi Huber, Martin Uhl, Anton Leonhardt)
Dienstag 5. Juli	15. Bezirk Märzpark 17.30	Konzert der Musikkapelle der Wiener Gaswerke (Zutritt frei)
	21. Bezirk Wasserpark 17.30	Konzert der Polizeimusik Wien (Zutritt frei)

- Dienstag 23. Bezirk
5. Juli Liesing, Parkanlage Altersheim
17.30
Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe (Zutritt frei)
- Palais Rasumofsky
20.00
Palaiskonzert (Sitzplätze 20, 30 und 40 Schilling), Wiener Kammerorchester, Friedel Kummer (Bariton), Paul Angerer (Viola), Dirigent Paul Angerer ("Musik in Goethes Haus")
- Mittwoch Wiener Rathaus
6. Juli Arkadenhof
20.00
Orchesterkonzert (Sitzplätze 10 S) Wiener Symphoniker, Dirigent Berislav Klobucar (Gioacchino Rossini: Overture zu "Die seidene Leiter"; Ottorino Respighi "Die Vögel"; Hans Totzauer: Variationen über ein Thema von Georges Auric; F.I. Tschaikowsky: 4. Symphonie f-moll, op.36)
- Donnerstag 11. Bezirk
7. Juli Herderpark
17.30
Konzert der Musikkapelle der Wiener Gaswerke (Zutritt frei)
12. Bezirk
Theresienpark
17.30
Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe (Zutritt frei)
16. Bezirk
Kongreßpark
17.30
Konzert der Polizeimusik Wien (Zutritt frei)
- Palais Lobkowitz
20.00
Palaiskonzert (Sitzplätze 20, 30 und 40 Schilling): Otto Zykan - Klavier; Joseph Sivo-Violine (Giuseppe Tartini, Johann Sebastian Bach, Ludwig v. Beethoven, Robert Schumann, Camille Saint-Saens, Alexander N. Skrjabin)
- Freitag 1. Bezirk
8. Juli Burggarten
17.00
Promenadekonzert (Zutritt frei): Wiener Konzertorchester, Dirigent Charly Gaudriot (Karl Hawranek, Franz Schubert, Josef Strauß, Viktor Hruby, Josef Bayer, Carl Michael Ziehrer, Charles Loubé, Gustav Richter, Josef Franz Wagner)
10. Bezirk
Reumannplatz
17.30
Konzert der Musikkapelle der Wiener Gaswerke (Zutritt frei)
20. Bezirk
Allerheiligenplatz
17.30
Konzert der Musikkapelle der Wiener Verkehrsbetriebe (Zutritt frei)

Freitag 8. Juli	Palais Schwarzenberg 20.00	Palaiskonzert (Sitzplätze 20, 30 und 40 Schilling): Liederabend Kim Borg, am Flügel Hermann Nordberg (G.Ph. Telemann, G.Fr. Händel, L.v. Beethoven Franz Schubert, Hugo Wolf, Modest Mussorgski, finnische Volkslieder)
Samstag 9. Juli	Wiener Rathaus Arkadenhof 20.00	Orchesterkonzert (Sitzplätze 10 S) Wiener Symphoniker, Dirigent Hans Swerowsky (W.A. Mozart: Ouverture zu "Die Entführung aus dem Serail"; Joseph Haydn: Symphonie Nr. 104, D-dur Viktor Hruby: Scherzino giocoso; Richard Strauss: "Don Juan" op. 20; Maurice Ravel: La Valse)
Sonntag 10. Juli	1. Bezirk Rathausplatz 10.30	Konzert der Musikkapelle des Gardebataillons Wien, Leitung Dr. Friedrich Hodick (Zutritt frei)

- - -

Wilhelm Hesch zum Gedenken

=====

1. Juli (RK) Auf den 3. Juli fällt der 100. Geburtstag des Bassisten Wilhelm Hesch, eines der besten Vertreter seines Faches, den die Wiener Oper je besaß.

Als Sohn eines böhmischen Landwirts in Elbesteinitz geboren, schloß er sich einer Wanderbühne an. 1880 erfolgte sein Engagement an das Tschechische Nationaltheater in Prag. 1895 wurde er nach erfolgreichem Gastspiel ständiges Mitglied des Solistenensembles der Hofoper, wo er, mit dem Titel eines Kammerängers ausgezeichnet, bis zu seinem Ableben am 4. Jänner 1908 in voller Schaffenskraft wirkte. Wilhelm Hesch besaß eine italienisch geschulte prachtvolle Stimme und große schauspielerische Begabung, die ihn zur Wiedergabe blutvoller Gestalten befähigte. Als Künstler unerreicht, war er auch ein liebenswerter Mensch, dessen früher Tod eine unersetzliche Lücke hinterließ.

- - -

Zwei Magistratsabteilungen haben neue Leiter
=====

1. Juli (RK) Heute früh wurde im Rathaus von Vizebürgermeister Slavik, Stadtrat Sigmund und Magistratsdirektor Dr. Kinzl der langjährige Leiter der Magistratsabteilung 65 (Zivilrechtsangelegenheiten), Obersenatsrat Dr. Hermann Just, verabschiedet und zugleich als sein Nachfolger Obermagistratsrat Dr. Walter Kaliwoda in sein neues Amt eingeführt. Zum Leiter der neugebildeten Magistratsabteilung 69, die einen Teil der bisherigen Tätigkeit der Magistratsabteilung 65 übernehmen wird, nämlich die Grundeinkäufe, wurde Obermagistratsrat Dr. Ludwig Spritzendorfer bestellt.

Vizebürgermeister Slavik, Stadtrat Sigmund und Magistratsdirektor Dr. Kinzl, der den neuen Leitern die Dekrete überreichte, würdigten in Ansprachen die außerordentlichen Verdienste des in den Ruhestand getretenen Obersenatsrates, die er sich in seiner 43jährigen Beamtenlaufbahn um Wien erworben hat. Den beiden neuen Leitern wünschten sie die besten Erfolge bei der Durchführung der ihnen anvertrauten Aufgaben.

- - -

Maturareise von Norwegen nach Wien
=====

1. Juli (RK) Eine Gruppe norwegischer Maturanten hat durch Vermittlung des Wiener Komitees für internationalen Schüleraustausch ihre Maturareise nach Wien unternommen. Heute vormittag besuchten die jungen Leute das Wiener Rathaus und wurden im Roten Salon von Stadtschulratspräsident Nationalrat Dr. Neugebauer im Namen der Stadt Wien begrüßt. Zur Erinnerung an den Wiener Aufenthalt erhielten die norwegischen Gäste Bilderalben. Zum Abschluß sangen die jungen Leute die österreichische Bundeshymne.

- - -

Sitzung des Wiener Landtages
=====

1. Juli (RK) Unter dem Vorsitz von Präsident Marek trat der Wiener Landtag heute vormittag zu einer kurzen Sitzung zusammen, bei der drei formale Gesetze beschlossen wurden.

Stadtrat Sigmund (SPÖ) berichtete zunächst über eine Änderung der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien. Diese wurde notwendig, um die Verfassung mit der neuen Wiener Gemeindewahlordnung in Einklang zu bringen. Außerdem wurde eine Bestimmung der Verfassung dem geänderten Geldwert angepaßt.

Abgeordneter Dkfm. Dr. Fiedler (ÖVP) erklärt, daß seine Fraktion der Gesetzesvorlage die Zustimmung geben werde. Er erinnert jedoch bei dieser Gelegenheit daran, daß die Verfassung heuer 40 Jahre alt wird. Sie enthält Bestimmungen, die mit unserer heutigen Auffassung von Demokratie zum Teil in Widerspruch stehen. Vor allem sei die Machtvollkommenheit des Wiener Bürgermeisters - wenn man mit anderen Verfassungen vergleicht - einmalig dastehend. Ihm unterstehen alle Stadträte und er könne alle Beschlüsse des Gemeinderates sistieren. Zwei Stadträte (Personal und Finanzen) greifen auch weit in den Aufgabenbereich der anderen Stadträte ein. Dadurch ergibt sich in der Praxis, daß es heute im Rathaus Stadträte verschiedener Machtvollkommenheit gibt.

Die ÖVP sieht sich daher neuerlich veranlaßt, eine Modernisierung der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien zu verlangen, wobei auch neue Bestimmungen in die Verfassung aufgenommen werden sollten, wie ein Interpellationsrecht, die Schaffung eines Budgetausschusses und eine Neufassung der Stellung der Bezirksvertretungen.

Eine eingehende Beratung der Wiener Verfassung, so meint der Redner, wäre wirklich erforderlich (Beifall bei der ÖVP).

Stadtrat Sigmund verweist in seinem Schlußwort darauf, daß das Hohe Haus über diese Frage zu entscheiden habe.

Bei der Abstimmung wird die Gesetzesvorlage in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Hierauf referierte Stadtrat Sigmund über eine Änderung der Wiener Gemeindewahlordnung 1959 und der Geschäftsordnung des Landtages für Wien.

Abg. Lauscher (KLS) vertrat den Standpunkt, daß jeder Mandatar für sich das Recht haben müßte, Anträge zu stellen und Anfragen einzubringen, ohne daß dazu die Unterstützung anderer Mandatare notwendig ist. Da durch die Heraufsetzung der für Anfragen und Anträge notwendigen Zahl von Unterschriften das Anfrage- und Antragsrecht verschlechtert werde, lehnt seine Fraktion die Vorlage ab.

In seinem Schlußwort führte Stadtrat Sigmund aus, daß damit ein alter Zustand wiederhergestellt werde, der bei Anwesenheit der Alliierten seinerzeit nicht bereinigt werden konnte. Im übrigen schlug er vor, diese Frage in das Geschäftsprogramm der Enquete, die sich mit Verfassungs- und Geschäftsordnungsfragen beschäftigen soll, aufzunehmen.

Bei der Abstimmung wurde die Änderung der Gemeindewahlordnung einstimmig, die Änderung der Geschäftsordnung des Landtages gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen.

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

1. Juli (RK) Im Anschluß an die Landtagssitzung trat der Wiener Gemeinderat unter Vorsitz von Bürgermeister Jonas zu einer Sitzung zusammen. Die KLS hatten eine, die FPÖ drei Anfragen eingebracht. Weiter wurde dem Gemeinderat eine Reihe von Anträgen vorgelegt:

Die ÖVP hat acht Anträge eingebracht, und zwar betreffend Ermäßigung der Vergnügungssteuer für kulturell wertvolle Filme; Benennung von Gemeindebauten nach den österreichischen Freiheitskämpfern Major Biedermann, Hauptmann Huth und Oberleutnant Raschke; Errichtung von Altersheimen in Wien; die Renovierung und Modernisierung der Sonderschule für schwachbefähigte Kinder in Wien 5, Diehlgasse; die Behandlung der vertraulichen Akten der Stadtplanungskommission und des Gemeinderatsausschusses VI; den durch Baumängel verzögerten Einzug von Wohnparteien in den Gemeindebau Wien 10, Gußriegelstraße 51-59; Wohnungszuweisung von jungen, noch kinderlosen Ehepaaren in Wohnungen der Type "B"; Regelung hinsichtlich der Erhebungen durch Bezirksräte. Weiter wurde ein Dringlichkeitsantrag der ÖVP, betreffend die dienst- und gehaltsrechtliche Besserstellung der diplomierten Krankenschwestern in den städtischen Krankenanstalten, sowie eine dringende Anfrage der FPÖ, betreffend die Verhandlungen bezüglich der Forderungen der Krankenschwestern der Gemeinde Wien eingebracht.

Der erste Punkt der Tagesordnung: Wahl der Vertrauenspersonen in die Gemeindebezirkskommissionen für die Anlegung der Gemeindebezirkslisten der zum Amte eines Geschworenen oder Schöffen fähigen Personen, wurde einstimmig verabschiedet.

GR. Billmaier (SPÖ) referierte sodann einen Antrag auf Vorbereitung des Wohnbauprogrammes der Jahre 1961 und 1962 sowie Sicherstellung der hierfür erforderlichen Mittel. Da die Vorbereitungen für Wohnhausbauten stets längere Zeit in Anspruch nehmen, ist es notwendig, die hierfür in Aussicht genommenen Baustellen schon jetzt zu bestimmen. Durch das Fehlen eines geeigneten Bodenbeschaffungsgesetzes wird die Freimachung von Grundstücken immer schwieriger. Die Gerichte entscheiden hier in

engster Auslegung des Mietengesetzes und der Pachtschutzbestimmungen. Sie erledigen Anträge auf Grundfreimachung erst dann, wenn die für die Errichtung einer Wohnhausanlage erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen. Der Referent stellt daher den Antrag, die Verbauung der für das Wohnbauprogramm 1961 und 1962 vorgesehenen Grundstücke zu beschließen und die hierfür vorgesehenen Mittel in den Voranschlägen dieser Jahre sicherzustellen. Das Stadtbauamt soll ermächtigt werden, die zur Beschaffung der Baupläne und zur Freimachung der für die Bebauung und Aufschließung benötigten Grundstücke erforderlichen Maßnahmen unverzüglich einzuleiten. Im einzelnen werden dann die Entwürfe und Sachkreditgenehmigungen den zuständigen Körperschaften zur Genehmigung vorgelegt werden. Die für die Vorbereitungsarbeiten der Wohnbauvorhaben im Jahre 1960 auflaufenden Kosten werden rund 2 Millionen Schilling ausmachen, die für die Durchführung der Verkehrsbauten rund 200.000 Schilling.

GR. Neset (FPÖ) stellt fest, daß seine Fraktion sich immer zum sozialen Wohnhausbau bekannt habe. Er werfe jedoch die Frage auf, wieso unter den in Aussicht genommenen Baustellen unter anderem die Marktgasse 46-52 genannt wird. Der Redner verweist darauf, daß nach einem Vorschlag der Stadtplanung an dieser Stelle eine Grünfläche hätte entstehen sollen. Dieser Plan wurde von der Bezirksvertretung des 9. Bezirkes und von der Bevölkerung lebhaft begrüßt. Er ersucht daher um Aufklärung, welches Projekt nun wirklich realisiert werden soll.

GR. Billmaier erklärt im Schlußwort, der Wiener Gemeinderat habe im Jahre 1956 einen Flächenwidmungsplan beschlossen, der auch das Gebiet rund um die Lichtentalerkerche beinhaltet. Das Bauamt hat nunmehr eine Überarbeitung dieses Flächenwidmungsplanes vorgenommen und in der letzten Gemeinderätlichen Planungskommission wurde ein Ideenentwurf vorgelegt. Dabei wurde auch darüber diskutiert, ob nicht einmal die Markthalle in der Nußdorfer Straße, wenn der Verkehr wie bisher ständig zunimmt, entfernt werden muß. Dort sollte dann eine Grünfläche entstehen. Ein Beschluß wurde darüber jedoch noch nicht gefaßt.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) referierte sodann über die Wassergebührenordnung. Er stellt fest, daß vor wenigen Monaten das

Wasserversorgungsgesetz 1960 beschlossen wurde. In diesem Gesetz sind die Bestimmungen über die Zuleitung und die Abgabe von Wasser enthalten. Ferner ist auch festgelegt, daß der Gemeinderat die Wasserbezugsgebührenordnung herauszugeben und zu bestimmen hat, welche Gebühren für das Wasser eingehoben werden sollen. Die Vorarbeiten für die Wassergebührenordnung waren sehr umfangreich und kompliziert, ist es doch der Wunsch der Stadtverwaltung, der Bevölkerung ausreichend gutes Wasser zu einem billigen Preis zu liefern. Große Schwierigkeiten auf wasserrechtlichem Gebiet liegen darin, daß wir nicht die entsprechenden Bewilligungen vom Landwirtschaftsministerium bekommen, um durch genügend Wasserrechte ausreichend Wasser bringen zu können. Eine weitere Schwierigkeit ist die materielle Seite, denn wenn wir immer mehr Wasser nach Wien bringen wollen, müssen auch die Zubringermöglichkeiten entsprechend ausgebaut werden. Durch die rege Bautätigkeit, die Verschiebungen in der Bevölkerungsdichte und die Verlagerung der Industriebetriebe stehen die Wasserwerke gleichfalls vor großen Problemen. Im Voranschlag 1960 ist nicht einmal mehr die Hälfte der notwendigen Beträge durch Wassergebühren gedeckt. Im Vorjahr betrug der Abgang rund 40 Millionen Schilling. Im Budget 1960 wird mit einem Abgang von 80 Millionen Schilling gerechnet. Nach der neuen Wassergebührenordnung werden die Gebühren für einen Kubikmeter Wasser, der über den Mindestverbrauch hinausgeht, in Zukunft 90 Groschen betragen. Das bedeutet eine Steigerung um 30 Groschen pro tausend Liter. Der Wiener Wasserpreis liegt auch nach dieser Erhöhung weit unter den Tarifen anderer Bundesländer oder des Auslandes. Auch Gewerbebetriebe und Industrie werden die gleichen Gebühren zu bezahlen haben. Den Interessenvertretungen wurde weitgehend Rechnung getragen und ein großer Teil der gewerblichen und industriellen Wirtschaft kommt in den Genuß einer ermäßigten Wassergebühr von 70 Groschen pro Kubikmeter. Für einzelne Gebiete Wiens, die bis jetzt einen Wasserpreis von 1.50 bis 1.75 S pro Kubikmeter bezahlen mußten, bringt die neue Gebührenordnung eine Angleichung an den Wiener Tarif. Dieser Vorteil kommt auch der Industrie und den gewerblichen Betrieben in diesem Gebiet zugute.

Die Stadtverwaltung wird sich bemühen, die Wasserversorgung und die Kanalisation in jenen Gebieten, wo diese noch ungenügend

sind, auszubauen. Diese Aufgaben werden Milliardenbeträge erfordern. Durch die Gebührenerhöhung werden die Wasserwerke keineswegs kostendeckend arbeiten können, doch wird wenigstens ein Teil des Defizites gedeckt werden. Im Interesse der Wasserversorgung unserer Bevölkerung bittet der Redner um Annahme des Antrages.

GR. Lauscher (KLS) stellt fest, daß bereits im Jahre 1950 der Wasserpreis um rund 50 Prozent erhöht wurde, 1951 um 33 Prozent, und heute soll abermals eine Erhöhung beschlossen werden. Dies wäre eine große Mehrbelastung für die arbeitende Bevölkerung und die Rentner. Alle Preiserhöhungen, die der Wiener Gemeinderat beschließe, wirken sich immer nur nachteilig auf diese Bevölkerungsschichte aus. Man konnte das gleiche bei der Erhöhung der Straßentarif feststellen. Die Stadtverwaltung müßte auch dem Bund gegenüber mehr darauf dringen, alle Steuergelder, die Wien gebühren, wirklich zu erhalten. Seine Fraktion werde der Erhöhung nicht zustimmen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) kritisiert die Wiener Wasserversorgung und meint, er verstehe nicht, daß die bisher getroffenen Maßnahmen keine klaglose Versorgung der Bevölkerung gewährleisten. Die Verwaltung sagt, die Wiener verpritscheln das Wasser; aber es ist klar, daß ein steigender Lebensstandard auch ein steigendes Komfortbedürfnis bedeute. Die Zahl der Badezimmer zum Beispiel wird immer größer. Angesichts der starken Bautätigkeit war wohl vorauszusehen, daß der Wasserverbrauch sprunghaft steigen würde. Eine umsichtige Verwaltung hätte alles unternehmen müssen, um Engpässe zu vermeiden. Statt dessen hat man aber für Dinge, die weit weniger wichtig sind, Geld ausgegeben.

Nun ist dieses Wasser auch noch teurer geworden. Es sind zwar keine weltbewegenden Erhöhungen, aber es ist leider wieder so, daß die öffentliche Hand hier mit schlechtem Beispiel vorgeht. Im Namen seiner Fraktion verweigerte der Redner den Gebührenerhöhungen die Zustimmung.

Vizebürgermeister Slavik hält in seinem Schlußwort den Debattenrednern entgegen, daß die Belastung pro Haushalt 1.50 bis 2 Schilling im Monat ausmachen werde. Dabei von einer Mietzinserhöhung zu reden, wie dies GR. Lauscher getan hat, scheint doch eine "leichte" Übertreibung zu sein. Im übrigen müßten wohl alle Mitglieder des Gemeinderates zugeben, daß der Antrag auf Gebührenerhöhung wirklich begründet ist. ./.

Der Referent verweist auch darauf, daß der Wasserverbrauch in den letzten Jahren um täglich 46 Millionen Liter gestiegen ist. Diesen ungeheuren Mehrbedarf an Wasser aufzutreiben sei selbstverständlich nicht leicht, besonders wenn man die Qualität des Wiener Wassers beibehalten wolle. Vizebürgermeister Slavik vertritt auch die Ansicht, daß genug Wasser vorhanden wäre, würde es nicht verschwendet werden. Durch tropfende Wasserhähne oder gar durch Rinnenlassen der Wasserleitung oder durch unnötiges Gießen in den Schrebergärten, werden täglich Millionen Liter Wasser vergeudet.

Was das schlechte Beispiel durch die Gebührenerhöhung anbelangt, so verweist der Referent schließlich darauf, daß ein Liter Wasser um drei Hundertstel Groschen teurer wird. Er glaube, daß dies wohl kein Anlaß für andere Preiserhöhungen sein kann.

Bei der Abstimmung wird der Antrag mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Hierauf referierte GR. Stefanie Peschl (SPÖ) über den Erwerb eines Teiles des Ordenswaldes in Laab im Walde vom Deutschen Ritterorden im Wege eines Rückstellungsvergleiches.

Stadtrat Lakowitsch (ÖVP) begrüßte den Erwerb dieses Waldes, nicht nur deswegen, weil damit Ersatz geschaffen wird für jenen Teil des Lainzer Tiergartens, der durch den Bau der Autobahn seinem bisherigen Zweck entzogen wird, sondern vor allem deswegen, weil damit für die Wiener Bevölkerung eine wirklich gute Tat gesetzt wird. Es muß Aufgabe der Wiener Stadtverwaltung sein, den Wienern ein stadtnahes Ausflugsgebiet zu erhalten, wo sie sich ohne Belästigung durch Lärm und Benzindämpfe in der Natur erholen können. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

GR. Marek (SPÖ) begrüßte gleichfalls diese Sicherung der Landschaftspflege, die eine Generationenaufgabe ist. Er verwies darauf, daß von privater Seite bessere Angebote vorlagen als von der öffentlichen Hand, und bezeichnete das Angebot an die Gemeinde Wien und die Generaldirektion der Bundesforste als eine patriotische Handlung.

Es ist ein Verdienst der städtischen Forstverwaltung, daß sie die Betriebe nicht nur wirtschaftlich führt, sondern mit dem Blick auf die Landschaftspflege bestrebt ist, Kriegsschäden zu beseitigen. Und es ist erfreulich, daß in den letzten Jahren sehr viele Laub- und Nadelbäume gepflanzt wurden. ./.

Der Redner unterstrich nachhaltig die Bedeutung des Naturschutzes und die Sicherung von Erholungsgebieten für die Bevölkerung und erhob warnend seine Stimme gegen wildes Siedeln und Preisgabe geschlossener Naturgebiete. Insbesondere wandte er sich gegen einen Plan, aus rein geschäftlichen Motiven auf dem Bisamberg; diesem Erholungsgebiet der Wiener und besonders der Floridsdorfer Bevölkerung, einen Rummelplatz zu errichten.

Naturschutz ist heute nicht mehr Angelegenheit eines einzelnen, und es erfüllt uns mit großer Genugtuung und Freude, daß die Wiener Gemeindeverwaltung die ihr daraus erwachsende Verpflichtung in so hervorragender Weise erfüllt (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Bei der Abstimmung wurde der Erwerb des Ordenswaldes ein- hellig gebilligt.

Hierauf wurde die Anderung des Organisationsstatutes für die Betriebe der Stadt Wien nach dem Referat von Stadtrat Sigmund (SPÖ) ohne Debatte einstimmig genehmigt.

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) legte sodann den Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über wichtigere Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1959 vor.

Er erklärte, daß aus diesem Bericht nicht entnommen werden kann, daß etwa die Verwaltung der Stadt Wien nicht ordnungsgemäß und gut geführt wäre. Das Kontrollamt stellt auch fest, daß im Laufe des Jahres den Bemängelungen im wesentlichen Rechnung getragen wurde. So konnten manche Verbesserungen erzielt werden, und viele Betriebe und Abteilungen sind durch die Überprüfung in die Lage versetzt worden, Verwaltungsvereinfachungen durchzuführen und damit Ersparungen zu erzielen. Allerdings muß es ein Alarmzeichen sein, daß der Personalstand um rund 1.500 gestiegen ist. Das muß für die Gemeinde die Aufforderung sein, alles zu tun, um zu weiteren Verwaltungsvereinfachungen zu kommen und so diesen Mehrbedarf wieder auszugleichen. Eine gute und anständige Bezahlung der Gemeindeangestellten ist nur möglich, wenn der Personalstand in vernünftigen Grenzen gehalten wird.

Der Bericht verweist ferner darauf, daß die Gebarung sich

so günstig gestaltete, daß sich an Stelle des veranschlagten Abganges ein Gebarungsüberschuß von 287 Millionen Schilling ergab. Damit sind auch die Rücklagen von 528 Millionen auf 835 Millionen Schilling angestiegen. Darin ist aber auch ein Betrag von 100 Millionen Schilling für den Verkauf des Brauhauses der Stadt Wien enthalten sowie Beträge, die für Kreditaktionen und Vorfinanzierungen verwendet wurden und nun verrechnet werden konnten. Auch hat das Jahr 1959 den Abschluß eines fünf Jahre umfassenden Arbeitsprogramms gebracht, und es waren für verschiedene Großbauten, wie die Stadthalle, das Museum usw., nur mehr kleinere Teilbeträge erforderlich. Es darf allerdings kein Zweifel darüber bestehen, daß große Bauvorhaben angelaufen sind, beziehungsweise begonnen werden, so die verschiedenen Verkehrsbauten, die Bauten im Wilhelminenspital, im Allgemeinen Krankenhaus, zwei große Brücken über die Donau usw.

Vizebürgermeister Slavik kommt sodann auf die Rücklagen zu sprechen und stellt fest, daß solche Rücklagen sehr wichtig sind, um die Konjunktur und die Vollbeschäftigung aufrecht erhalten zu können. Das Jahr 1959, das uns eine Hochkonjunktur gebracht hat, hat derartige Maßnahmen jedoch nicht erfordert.

Im Kontrollamtsbericht wurde auch auf die Schwierigkeiten der Geschäftsgruppe V (Gesundheitswesen) hingewiesen. Es wurde aufgezeigt, daß in den Spitälern und Anstalten die Kosten immer höher werden und die Rückersätze weit zurückbleiben. Die Stadt Wien muß hunderte Millionen Schilling aufwenden, um den Betrieb der Anstalten überhaupt aufrecht erhalten zu können. Es werden derzeit Verhandlungen mit den Sozialversicherungsträgern geführt, um wenigstens einen großen Teil der Verpflegskostensätze rückerstattet zu bekommen.

Auf dem Bausektor verlangt das Kontrollamt, alles zu unternehmen, um eine höhere Kapazität zu erreichen. Es ist so, daß wir in Wien derzeit zwischen 10.000 und 11.000 Wohnungen pro Jahr errichten. In Österreich liegt die Zahl zwischen 35.000 und 38.000. Man muß also den Versuch unternehmen, auch die Monate, die wegen der Witterungsverhältnisse zum Bauen nicht geeignet sind, auszunützen. Dem Problem der Fertigteilbauweise muß großes Augenmerk zugewandt werden. Entsprechende Schritte wurden bereits unternommen.

Bei den Stadtwerken verweist das Kontrollamt auf das große Defizit der Verkehrsbetriebe. Dieses Defizit betrug im abgelaufenen Jahr 225 Millionen Schilling, allerdings konnte es nur dadurch auf dieser Höhe gehalten werden, weil Elektrizitäts- und Gaswerk und auch die Bestattung mitgeholfen haben, die Gesamtgebarung der Stadtwerke zu verbessern. Die Verkehrsbetriebe weisen zwar eine Frequenzsteigerung auf, haben aber trotzdem ein sehr hohes Defizit. Gas- und E-Werk haben sich durch Investitionen und Modernisierungen gut entwickelt. Das Problem der Tarifgestaltung ist problematisch und schwierig, steht es doch im Zusammenhang mit der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt. Der Wiener Gemeinderat wird alle anderen Möglichkeiten ins Auge fassen, um zu einer wirtschaftlich besseren Gestaltung der Stadtwerke zu kommen, bevor er den Vorschlag des Kontrollamtes nach Tarifänderung erwägt.

Der Kontrollamtsbericht geht auf viele Einzelheiten ein. Er soll die Möglichkeit bieten, die Verwaltung immer besser und gründlicher kennenzulernen, Verbesserungen dort vorzunehmen, wo sie notwendig und zweckmäßig sind. Die Gemeindeverwaltung wird alles daransetzen, die aufgezeigten Mängel soweit als möglich zu beheben.

GR. Haag (ÖVP) übt Kritik daran, daß der Kontrollamtsbericht nun schon zum zweiten Male in den Sommermonaten vorgelegt wird, also zu einem Zeitpunkt, da der Jahresabschluß noch nicht vorliegt. Er kommt sodann auf den Gebarungsüberschuß von 287 Millionen Schilling zu sprechen, den die Gemeinde Wien heuer erzielt hat. Durch diesen Überschuß erhöhten sich die Rücklagen bis Ende 1959 auf 835 Millionen Schilling. Seine Fraktion sei bei der Betrachtung dieser hohen Summe der Ansicht, daß bei vorsichtiger Budgetierung die Möglichkeit gefunden werden müßte, ohne so große Rücklagen auszukommen. Die Gemeinde Wien habe auch beim Finanzausgleich gut abgeschnitten. Der Redner erhebt eine alte Forderung seiner Fraktion, nämlich die Schaffung eines eigenen Budgetausschusses, wie dies auch im Nationalrat gehandhabt wird. Gemeinderat Haag kommt sodann auf Einzelheiten des Kontrollamtsberichtes zu sprechen. Er stellt fest, daß man zum Beispiel auf dem Personalsektor von Neuaufnahmen absehen sollte. Die Wirtschaft brauche dringend Arbeitskräfte und diese sollten ihr von der Gemeinde nicht weggenommen werden. Unverständlich sei es, daß im Archiv kein Nachweis über vorhandene Siegel und Siegelstücke geführt werde. Die Entlehnungen in den Städtischen Büchereien seien

zu gering. Man müßte durch entsprechende Propaganda die Entlehnungszahl zu erhöhen versuchen. Unverständlich sei es, daß die Führung von Jugend- und Kinderlagern einem sogenannten "Wiener Jugendkreis" überantwortet wurde. Niemand weiß, wer dieser Jugendkreis ist. Auf dem Spitalssektor ist zu hoffen, daß die Frage der Zuschüsse der Krankenkassen zu den Spitalsaufenthalten gelöst werden wird. Dem Mangel an Arbeitskräften auf dem Bausektor könnte vielleicht durch die Heranziehung von ausländischen Arbeitern abgeholfen werden. Eine alte Forderung seiner Fraktion sei es auch, daß an Bauten festgestellte Mängel kostenlos von der bauausführenden Firma behoben werden müssen oder Qualitätsabzüge vorgenommen werden. Es dürfe auch nicht immer wieder zu Überschreitungen bei den Baukosten kommen. Alle zu vergebenden Arbeiten müßten öffentlich ausgeschrieben werden.

Abschließend dankt GR. Haag allen Bediensteten, die durch ihre eigenen Wahrnehmungen und Anregungen viel zu einer guten und reibungslosen Verwaltung beigetragen haben. Den Bericht des Kontrollamtes nehme seine Fraktion mit Zustimmung zur Kenntnis.

Vizebürgermeister Slavik stellt im Schlußwort fest, daß jeder Gemeinderat den Kontrollamtsbericht anläßlich des Rechnungsabschlusses wieder diskutieren könne. Man könne ihn jedoch jetzt schon kritisch lesen und für die Abstellung der aufgezeigten Mängel sorgen. Den Rechnungsabschluß früher vorzulegen, ist nicht möglich. Andererseits wäre es auch nicht angezeigt, den Kontrollamtsbericht einige Monate liegen zu lassen. Hinsichtlich der Rücklagen könne man sagen, daß jede Finanzverwaltung glücklich wäre, würde sie eine solche Gebarung haben. Wir freuen uns darüber, daß wir die Rücklagen auffüllen konnten und keine Überschuldungspolitik betreiben. Es wird nicht in jedem Jahr gelingen, den Haushalt ausgeglichen zu halten. Dann haben wir aber die Rücklagen. Es muß auch immer mit unvorhergesehenen Ausgaben gerechnet werden. Durch diese Rücklagen ist der Gemeinderat auch in der Lage, dieses oder jenes Projekt noch zusätzlich durchzuführen. Man darf jedoch nicht vergessen, daß man Geld nur einmal ausgeben kann. Wenn die Rücklagen einmal aufgezehrt wären, könnten wir uns nicht mehr helfen. Am stärksten ist aber der, der sich selber helfen kann.
(Beifall bei der SPÖ.)

./.

Vizebürgermeister Slavik stellte nachdrücklich fest: wir haben als Bettler im Jahre 1945 begonnen. Wenn heute Österreich einigen Wohlstand erreicht hat, so ist das weder auf ein sozialistisches noch auf ein ÖVP-Genie zurückzuführen, sondern einzig und allein auf die Tüchtigkeit des österreichischen Volkes. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Beim Personal stehen wir wieder vor Forderungen, die unsere Krankenschwestern erhoben haben. Es gibt wohl niemand, der die großen Leistungen unseres Pflegepersonals nicht anerkennt. Aber wir müssen uns auch hier zusammensetzen, die Probleme zu besprechen und versuchen, zu einer Einigung zu kommen. Dabei ist es selbstverständlich notwendig, das Einvernehmen mit den anderen Bundesländern, mit dem Bund und den anderen Gemeinden herzustellen. Wir müssen alle Interessen berücksichtigen, so wie bei den Verhandlungen mit den Ärzten.

Die Frage nach dem "Wiener Jugendkreis" beantwortete der Redner, daß diese Institution die Aufgabe habe, die Erholungsaktionen durchzuführen. Er setzt sich aus Leuten zusammen, die sich mit Jugendfragen beschäftigen.

Das Kontrollamt hat beim Bauamt die Baukostenüberschreitungen kritisiert, aber zumindest ebenso kritisch ist die Finanzverwaltung. Die meisten Überschreitungen entstehen durch Lohnerhöhungen und Preiserhöhungen, die während der Bauzeit eingetreten sind. Beim Wohnhausbau sieht die Situation nur in der Statistik so schrecklich aus. Wir haben jedoch den Überhang stark abgebaut und wir wollen nun einen neuen Versuch unternehmen, zunächst zumindest eine Überwinterung der Baustellen einzusparen.

Bei der Abstimmung wird der Bericht des Kontrollamtes ein- stimmig zur Kenntnis genommen.

Als nächstes referiert Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) über die Errichtung einer Studiengesellschaft zur Vorbereitung des Fertigteilbaues. Das Problem beschäftigt die Bauabteilungen des Wiener Magistrates schon seit zehn Jahren. Es wurde eine Reihe von Studienreisen durchgeführt, doch war der Fertigteilbau bisher noch nicht so weit entwickelt. Nun ist jedoch aus diesem Experiment eine Realität geworden, mit der man zu rechnen hat. Die Fachleute kamen nun zu der Auffassung, daß das System Camus-Dietsch

am besten geeignet wäre. An der Studiengesellschaft soll die Stadt Wien zu 51 Prozent beteiligt sein, zu 26 Prozent die Firma Camus und zu 23 Prozent die Firma Schlarbaum, Wien. Wenn sich innerhalb von sechs Monaten herausstellt, daß das System angewandt werden kann, dann soll die erforderliche Gesellschaft gegründet werden, die die notwendigen Anlagen zu bauen hat. Jedenfalls geht hier die Gemeinde Wien wieder einen neuen Weg als Pionier auch für die anderen Bauherren in Österreich.

GR. Lauscher (KLS) stimmt der Gründung der Studiengesellschaft prinzipiell zu, ist aber der Meinung, daß wertvolle Jahre verloren gegangen sind, weil es den Verantwortlichen im Rathaus an Mut und Initiative gefehlt habe. Die Gemeinde Wien hätte seit Jahren schon hunderte Wohnungen mehr bauen können.

In seinem Schlußwort weist Vizebürgermeister Slavik noch einmal darauf hin, daß die verschiedenen Systeme jahrelang geprüft wurden, bisher aber alle unzulänglich gewesen sind. Man kann aber bei einer technischen Entwicklung nicht "hudeln". Wenn nun der Magistrat so vorsichtig ist und sich verpflichtet, mindestens 1.000 Wohnungen abzunehmen, dann ist damit selbstverständlich keine Grenze nach oben gesetzt. Wenn alles funktioniert, dann steht es uns frei, die Zahl zu erhöhen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Vizebürgermeister Mandl (SPÖ) berichtete sodann über die Schaffung eines Stipendienwerkes der Stadt Wien, das die Ausbildung und Aufstiegsmöglichkeit förderungswürdiger und förderungsbedürftiger Mittel-, Fach- und Hochschüler im ersten und zweiten Bildungsweg sichern soll. Er erinnerte daran, daß bisher schon Stipendien, sogenannte Streustipendien, gegeben wurden, die aber mehr als Fürsorgemaßnahme anzusprechen sind. Bei dem Stipendienwerk handelt es sich zum ersten Mal um echte Stipendien, die es den Studierenden ermöglichen sollen, sich ihrem Studium zu widmen und es zu vollenden. Auch gibt diese Form die Möglichkeit, Legate, Spenden und Zuwendungen von physischen und juridischen Personen mit einzubeziehen. Für die Hochschüler werden die Stipendien 800 Schilling und in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen bis 1.000 Schilling im Monat betragen, für alle übrigen 300, bzw. bis zu 500 Schilling. Natürlich muß der Studienerfolg

Jahr für Jahr entsprechend nachgewiesen werden. Mit diesem Stipendienwerk wird zum Ausdruck gebracht, daß wir unseren begabten Nachwuchs in jeder Hinsicht fördern wollen.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) begrüßte es, daß heuer 2,6 Millionen Schilling für Stipendien zur Verfügung gestellt wurden und hier eine wirkliche Begabtenförderung versucht wird. Gleichzeitig gab sie aber ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß nach den Richtlinien des Stipendienwerkes an Schülerinnen und Schülern, die private Schulen mit Öffentlichkeitsrecht besuchen, keine Stipendien vergeben werden. Der Schulbesuch der Kinder beruht auf einer freiwilligen Entscheidung der Eltern, und dieses Recht der Eltern auf die freie Wahl der Schule müsse gewahrt bleiben. (Beifall bei der ÖVP.) Gerade diese Schulen nehmen der öffentlichen Hand eine große finanzielle Last ab, und da die 2,6 Millionen für das Stipendienwerk aus Steuergeldern kommen, müßten sie für alle zur Verfügung stehen. Man kann hier nicht eine große Gruppe von Schülern ausschalten, nur weil man sich aus prinzipiellen Gründen nicht entschließen will, den privaten Schulen mit Öffentlichkeitsrecht die gleiche Behandlung angedeihen zu lassen wie den anderen Schulen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Dozent Dr. Gisel (SPÖ) bedauerte, daß viele begabte Kinder nach der Untermittelschule austreten, wo doch das Maturazeugnis jenes Dokument ist, das den Weg zu höherer Bildung erschließt. Dieses Stipendienwerk gibt nun die Möglichkeit, daß mehr junge Menschen als bisher die Matura erreichen werden. Es wird aber auch den Hochschülern helfen, was umso bedeutsamer ist, als das Werkstudententum bei dem großen Wissensstoff, der heute zu bewältigen ist, nicht gutgeheißen werden kann.

Darüber hinaus erhebt sich aber die Frage, ob nicht begabte junge Menschen heute einen Rechtsanspruch haben, ihr Studium ohne materielle Sorgen absolvieren zu können. Es wäre zu überlegen, ob der Staat nicht ein großes Studienförderungswerk schaffen sollte, das Darlehen vergibt, wobei die Möglichkeit ins Auge zu fassen wäre, besonders Begabten die Rückzahlung zu erlassen.

Wir müssen der Gemeindeverwaltung dankbar sein, daß sie hier erfolgreich einen neuen Weg beschreitet. (Beifall bei der SPÖ.)

In seinem Schlußwort führte Vizebürgermeister Mandl aus, daß von der Schaffung eines Studienförderungswerkes bisher Abstand genommen wurde, da auf diesem Gebiet bisher keine Erfahrungen gesammelt werden konnten und man zuerst die auf dem privaten Sektor gemachten Erfahrungen abwarten wolle.

Der GR. Hiltl hielt er entgegen, daß sie das ganze konfessionelle Schulproblem angeschnitten habe. Wenn Eltern ihre Kinder in private Schulen schicken - dieses Recht bleibt selbstverständlich unangetastet -, dann sind sie sich darüber im klaren, daß sie damit gewisse Konsequenzen auf sich nehmen, und eine dieser ist, daß der Staat und die öffentlichen Körperschaften dort nicht jene Leistungen einsetzen wie bei den öffentlichen Schulen.

Ich bin der Meinung, erklärte Vizebürgermeister Mandl, daß diese Frage des konfessionellen Schulwesens gelöst werden muß. Dazu bin aber nicht ich zuständig, dazu ist der Herr Unterrichtsminister zuständig, der die Verhandlungen schon längst hätte aufnehmen können. Wir alle wären glücklich, wenn sie schon zu einem Abschluß gekommen wären (Zwischenrufe bei der ÖVP). Der Unterrichtsminister wird freilich auch nicht nur seinen Standpunkt durchsetzen können, sondern wir werden zu einem Kompromiß gelangen müssen (Beifall bei der SPÖ).

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage einstimmig genehmigt.

GR. Pfösch (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Umbau des Schulgebäudes 8, Zeltgasse 7, in ein "Haus der Wiener Jugend". Der Redner stellt fest, daß jeder, der die Arbeit der Jugendorganisationen in unserer Stadt kennt, weiß, mit welchen materiellen Schwierigkeiten die Jugend bei der Erhaltung ihrer Jugendheime zu kämpfen hat. Es ist daher begrüßenswert, daß heute ein Antrag unterbreitet werden kann, nach dem die Stadt Wien, der Österreichische Gewerkschaftsbund und die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien einen Verein zur Errichtung eines "Hauses der Wiener Jugend" gründen. Die Stadt Wien will das alte Schulgebäude in der Zeltgasse adaptieren und zum Zwecke der Benützung durch die Jugendorganisationen mustergültig ausgestalten. Der Österreichische Gewerkschaftsbund und die Zentralsparkasse werden die Einrichtung dieses Hauses übernehmen. Für den späteren laufenden Betrieb wird die Zentralsparkasse

der Gemeinde Wien aufkommen. Die Kosten werden sich auf rund zwei Millionen Schilling belaufen. Wir dürfen mit Freude feststellen, daß die Stadtverwaltung hier entscheidend mithilft, ein "Haus der Wiener Jugend" zu bauen. Wir folgen damit dem Beispiel anderer Länder. Später soll das Haus von erfahrenen Erziehern geleitet werden. Die Räumlichkeiten werden über das Landesjugendreferat den Jugendorganisationen zur Verfügung gestellt. Als besonders erfreulich bezeichnet der Redner die Haltung der Stadtverwaltung der Jugend gegenüber. Wurde doch vor kurzem die Errichtung der 3. Zentralberufsschule beschlossen, heute die Ausgestaltung der Berufsschule I und II für das Friseurgewerbe, die Vorarbeiten wurden geleistet für die Neuerrichtung einer Berufsschule für das Fleischergewerbe, und die Lehrwerkstätte für die metallverarbeitende Jugend steht vor der Vollendung. All das zeigt, daß die Stadtverwaltung für die jungen Menschen dieser Stadt viel zu leisten bemüht ist.

GR. Lauscher (KLS) bezeichnet den vorliegenden Antrag als eine wirklich angenehme Überraschung. Dieses "Haus der Jugend" ist nicht nur ein schönes Geschenk für unsere Wiener Jugend, sondern auch eine wirksame Maßnahme der Gemeinde, auf die Entwicklung der jungen Menschen positiv Einfluß zu nehmen. Mit der Errichtung dieses ersten Hauses ist allerdings noch nicht alles getan. Wien würde ein über die ganze Stadt ausgebreitetes Netz kultureller Jugendzentren brauchen.

GR. Dr. Marga Hubinek (ÖVP) sagt, ihre Partei habe nichts gegen diesen Antrag einzuwenden, weil die ÖVP alles begrüßt, was für die Jugend geschieht. Man wisse aber, daß es sich hier um ein Experiment handelt, das bisher im Ausland meist mißglückt ist. Die Rednerin kritisiert dann, daß die Bereitschaft der Wiener Handelskammer, sich ebenfalls an der Finanzierung zu beteiligen, abgelehnt wurde. Sie meint auch, es wäre unnötig, die Führung des Hauses einem eigenen Verein zu übergeben. Man solle sich besser einer bestehenden Institution, zum Beispiel des Bundesjugendringes, bedienen. Die ÖVP wird jedenfalls sehr wachsam die Entwicklung des Hauses beobachten.

./.

Die Rednerin wendet sich auch dagegen, daß in dem "Haus der Jugend" die privaten Jugendklubs zentralisiert werden sollen und meint, man solle doch besser die privaten Bestrebungen unterstützen.

Vizebürgermeister Mandl, der sich während der Ausführungen der ÖVP-Rednerin zu Wort gemeldet hat, fordert sie auf, doch hinaus in die Gaststätten in den Arbeiterbezirken zu gehen und sich anzusehen, was die Gastwirte mit der Jugend machen, die ihnen Schnaps mit Coca-Cola verkaufen! Diese wilden Jugendklubs werden doch von den Gastwirten gezüchtet, um mit den jungen Menschen ein Geschäft zu machen. Das ist die private Initiative. (Beifall bei der SPÖ.)

GR. Pfösch (SPÖ) sagt in seinem Schlußwort, der Beitrag der Handelskammer wurde nicht abgelehnt, sondern die Bedingungen, die daran geknüpft waren. Daraufhin hat die Handelskammer gesagt, wenn sie nicht den entsprechenden Einfluß bekomme, dann gebe sie keinen Groschen her. Im übrigen wurde jedoch auf Wunsch der ÖVP ein Vertreter der ÖVP in das Kuratorium aufgenommen.

Der Referent verweist auch darauf, daß die Gemeinde Wien keineswegs ein Monopol auf solche Häuser der Jugend haben wolle. Die Stadtverwaltung hat damit nur den Anfang gemacht. Der ÖVP werde man ihre Wachsamkeit erleichtern, weil das "Haus der Jugend" in aller Offenheit geführt werden wird.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Vorbereitung der Instandsetzung des Theaters an der Wien

Vizebürgermeister Mandl (SPÖ) referiert sodann einen Antrag, für die Durchführung der Vorarbeiten zur Feststellung des erforderlichen Umfangs der Instandsetzungsarbeiten im Theater an der Wien als 1. Baurate einen Sachkredit von fünf Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen. Der Vizebürgermeister gibt einen historischen Überblick über die Geschichte des Theaters, das am 13. Juni 1801 eröffnet wurde. Der Kauf des dem Verfall preisgegebenen Theaters wurde in der heutigen Sitzung bereits beschlossen. Es wäre nun sehr schön, könnte das wiederinstandgesetzte Theater am 13. Juni 1961 eröffnet werden. Es soll daher mit den Vorarbeiten so rasch wie möglich begonnen werden und kein Tag verloren gehen.

Wie hoch die Kosten für die Renovierung sein werden, könne man heute noch nicht sagen. Mit der ersten Baurate sollen jene Untersuchungen gemacht werden, die notwendig sind, um überhaupt errechnen zu können, wie hoch die Renovierungskosten sein werden. Im Herbst wird dann dem Wiener Gemeinderat ein Antrag auf Bewilligung der Renovierungskosten vorgelegt werden. Das Haus soll soweit wie möglich seinen intimen Charakter und seine Eigenart bewahren; trotzdem wird es modernen Ansprüchen und Sicherheitsverhältnissen angepaßt werden.

GR. Hiltl (ÖVP) begrüßt es, daß eine lang erhobene Forderung ihrer Fraktion mit dem Kauf des Theaters an der Wien erfüllt wurde. Es wurde schon wiederholt darauf hingewiesen, daß auch die Stadt Wien, wie alle anderen Bundeshauptstädte, ein eigenes Theater haben sollte. Das Theater an der Wien war während seines Bestandes schon für viele große Musiker und Schriftsteller ein Sprungbett, von dem aus ihre Werke einen Siegeszug in die Welt angetreten haben. Das Theater ist ein lebendes Beispiel dafür, wie unsere Wiener Stadt seit eh und je die Stätte der großen Kultur, der großen Musiktradition gewesen ist und wie wichtig es ist, diese Stätte zu erhalten. Es sei erschütternd festzustellen, daß in den letzten Jahren ein Theater nach dem anderen dem Verfall preisgegeben wurde. Man denke an das Carltheater, das Bürgertheater und auch an das Stadttheater. Unso notwendiger war es, das Theater an der Wien vor diesem Verfall zu bewahren. Wir können froh sein, daß die Gemeinde Wien sich endlich entschlossen hat, dieses Theater zu kaufen. Freilich wären bedeutende Mittel zu ersparen gewesen, hätte man diesen Kauf bereits vor Jahren getätigt. Die Rednerin verweist darauf, daß die Gemeinde Wien im Jahre 1940 das Theater von der Familie Marischka um 500.000 RM gekauft hat. Das Theater war damals schwer verschuldet und die Gemeinde hat auch diese Lasten übernommen. Obwohl dieser Verkauf nicht unter Zwang erfolgte, hat die Stadt Wien auf ein Rückstellungsansuchen von Hubert Marischka im Jahre 1954 gegen eine Ablöse von nur 400.000 Schilling das Theater an Hubert Marischka zurückverkauft. Hätte man damals das Theater gekauft, wären keine Millionenbeträge notwendig gewesen. Heute werden 5 Millionen Schilling bewilligt, um überhaupt erst feststellen zu können, welche Beträge zur Restaurierung notwendig sind. Alle Bemühungen müssen dahin gerichtet sein, das Haus in der gegebenen Atmosphäre zu erhalten. Unsere Zeit, die wohl die großen Räume und den großen

Betrieb liebt, wird trotzdem immer wieder Häuser brauchen, die diese gewisse besonders intime kulturelle Atmosphäre haben. Es gibt eine Kunst und eine Kultur, die nicht in die Breite wirken kann, sondern die in die Tiefe wirken muß. Wir freuen uns, wenn auch in diesem Sinn das Theater an der Wien renoviert wird.

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) erklärte, daß das Theater an der Wien ein typisches Beispiel dafür darstelle, wie Fragen, die ursprünglich gar keine politischen waren, in das politische Fahrwasser getragen wurden. So warf das "Kleine Volksblatt" Vizebürgermeister Mandl Ahnungslosigkeit darüber vor, daß er von den Verhandlungen des Bundes nichts wisse, und schrieb, daß sich die jüngsten Gerüchte, die von einem Ankauf des Theaters durch die Gemeinde Wien wissen wollten, als Seifenblasen entpuppten. Das "Kleine Volksblatt" begründete die Absicht des Bundes damit, daß man dort nicht auf Festwochenattraktionen plane, sondern auf lange Sicht, und wenn der Bund das Theater an der Wien kaufe, so erspare er von da ab die Miete, die er der Gemeinde Wien für die Volksoper zahlen muß, was auf die Dauer gesehen sicherlich kein schlechtes Geschäft sei. So etwas kann man aber nur schreiben, wenn man annimmt, daß die Menschen die wahren Tatsachen nicht kennen. Der Bund zahlt nämlich an die Gemeinde Wien für die Miete der Volksoper einen Anerkennungszins von monatlich lediglich 100 Schilling. Bei der Durchrechnung ergibt sich, daß die 50 Millionen, die für den Kauf und die Renovierung notwendig gewesen wären, die Miete für 43.333 Jahre ausmachen würde. Aber man nimmt an, daß das niemand weiß, und so werden die Dinge ins Politische gezogen.

Schließlich setzte sich der Redner mit der Forderung nach einem stadteigenen Theater auseinander, wobei er auf den Widerspruch der ÖVP aufmerksam machte, die soeben erklärt habe, sie sei für Privatinitiative auf allen Gebieten, beim Theater aber verlange sie die Initiative der Gemeinde Wien. Er verwies dabei auf den Rückgang der Einwohnerzahl Wiens und die zeitbedingten Änderungen auf dem kulturellen Sektor. Wien hatte 1913 etwas mehr als zwei Millionen Einwohner und war Reichshaupt- und Residenzstadt eines 50 Millionen-Reiches. Damals hatte Wien 17 Theater mit 19.400 Plätzen.

Heute hat Wien 1,66 Millionen Einwohner und dazu ein Riesenangebot an Unterhaltungsmöglichkeiten verschiedener Art: 10 Theater mit 11.000 Plätzen, 19 Varietés und Kleinbühnen, 5 Freilichtbühnen, 7 Konzertsäle sowie 203 Kinos mit 87.500 Plätzen und eine Stadthalle mit 18.600 Plätzen. Dazu kommen Radio und Fernsehen. Das alles muß sich auswirken. Die Kunst und Unterhaltung kommt ins Haus - in einem Massenangebot. Die Entwicklung hängt auch damit zusammen, daß die Behausung des Menschen durch unsere Arbeit im Laufe einer Generation zum Heim geworden ist und die Menschen daher einen größeren Teil ihres Lebens zu Hause verbringen. Ferner soll man nicht übersehen, daß die jüngste Zeit den breiten Massen durch die Motorisierung und der Sozialtourismus auch das Tor zur Welt geöffnet hat. Die Kulturpolitik der Gemeinde Wien beruht darauf, die lebendige Kultur, den lebendigen Kontakt mit dem Künstler, zu pflegen und wieder in den Mittelpunkt zu rücken.

Das neue Haus, das Theater an der Wien, wird sicherlich viele Funktionen erfüllen können: es wird die Funktion eines Wiener Festspielhauses übernehmen können, es wird eine Ausweiche für verregnete Freilichtaufführungen und Unterkunft für das Theater der Jugend sein können, es wird Auslandsensembles für Gastspiele heranziehen können, und die Bundestheaterverwaltung sollte den Versuch unternehmen, jene Opern in diesem Haus aufzuführen, von denen man behauptet hat, sie würden nur in der intimen Atmosphäre des Theaters an der Wien zur Geltung kommen. Wenn wir beigetragen haben, Wien diese Kulturstätte zu erhalten, so ist das Kulturarbeit nicht auf weite, sondern auf nächste Sicht (Beifall bei SPÖ).

Vizebürgermeister Mandl beschäftigt sich in seinem Schlußwort mit den Ausführungen der ÖVP-Debattenrednerin. Ihre Bemerkung "wir hätten es billiger haben können" bezeichnete er seinerseits als "billig". Man wisse doch genau, daß in den Jahren zwischen 1938 und 1945 Verkäufe getätigt wurden, von denen man annehmen konnte, daß sie nicht unter Zwang abgeschlossen worden waren. Später war es natürlich sehr schwer nachzuweisen, ob irgend eine Nötigung stattgefunden hat oder nicht. Es ist lange über die Rückstellung des Theaters an der Wien diskutiert worden. Er persönlich vermute, Marischka habe

damals große Hoffnungen auf das amerikanische Musical gesetzt und aus diesem Grund wollte er sein Haus wieder haben. Ob die Stadt Wien bei einer Verweigerung der Rückstellung vom Obersten Gerichtshof Recht bekommen hätte, kann man nicht sagen. Wir haben jedenfalls die Kronjuristen gefragt und alle maßgeblichen Stellen, und jeder hat uns wenig Hoffnung gemacht. So haben wir das Theater zurückgestellt und der ganze Gemeinderat hat der Restitution damals zugestimmt.

Der Vizebürgermeister beschäftigte sich weiter mit der Frage, warum die Gemeinde Wien nicht früher ein Theater gekauft hat. Die Stadtverwaltung hat dies bisher deshalb abgelehnt, weil es sich hier um eine sehr schwierige Materie handelt. In Wien gibt es drei Privatbühnen und vier Bundestheater. Mit jedem neuen Theater hätten wir das System der Privattheater zum Zusammenbrechen verurteilt, und wir werden auch in der nächsten Zeit wieder verschiedene Schwierigkeiten mit den Theatern haben.

Abschließend meinte Vizebürgermeister Mandl, die Geschichte des Theaters an der Wien verzeichnet nicht nur glanzvolle Aufführungen, sondern auch böse Tage. Er wünsche nur, daß dieses Haus in Zukunft stets glückliche Tage und keine Krisen mehr mitzumachen habe. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

Gemeinderat debattiert Schwesternproblem

Hierauf wird der Dringlichkeitsantrag der ÖVP behandelt. Nach Verlesung des Antrages durch den Schriftführer erhält Gemeinderat Nora Hiltl (ÖVP) zur Begründung der dringlichen Behandlung das Wort.

Die Rednerin stellt fest, daß der vorliegende Antrag dazu dienen soll, das Los einer großen Gruppe arbeitender Menschen in unserer Stadt zu verbessern, die auf verantwortungsvollem Posten steht. Es wird kaum jemand in diesem Hause sein, der nicht weiß, was es bedeutet, Krankenschwester zu sein. Es finden sich heute nur wenige junge Mädchen, die sich zu diesem Beruf entschließen, weil es ein Beruf ist, der den ganzen Menschen erfordert, der nicht nur entsprechende Fachkenntnisse und Fachprüfungen verlangt, sondern auch den ununterbrochenen Einsatz für seine kranken

Mitmenschen. Der Antrag liege jedoch nicht nur im Interesse der Schwestern, sondern auch im Interesse der Kranken und Pflegebedürftigen. Wir konnten in den letzten Tagen in den Zeitungen lesen, daß sich die Schwestern zusammengeschlossen haben, um ihre berechtigten Wünsche durchzusetzen, die leider nicht die entsprechende Unterstützung ihrer Gewerkschaftsvertretung gefunden haben. Diese Wünsche müssen als berechtigt anerkannt werden, hat doch eine Schwester im Gemeindedienst ein Anfangsgehalt von 1.060 Schilling. Es ist daher auch die Gefahr sehr groß, daß die Schwestern von der Gemeinde abwandern und besser bezahlte Stellen annehmen. Es gibt heute bereits einen fühlbaren Mangel an gut ausgebildeten Schwestern. Das führt auch dazu, daß viele Schwestern bis zum körperlichen Zusammenbruch arbeiten. Aus all diesen Gründen soll dem vorliegenden Antrag die Dringlichkeit zugesprochen werden.

Bei der Abstimmung wurde dem Antrag einstimmig die Dringlichkeit zuerkannt.

GR. Hiltl nimmt nun zu dem gestellten Antrag Stellung. Bei der Begründung der Dringlichkeit dieses Antrages habe sie schon darauf hingewiesen, welch schweren Beruf eine Krankenschwester ausüben muß. Sie trägt die volle Verantwortung für die ihr anvertrauten Patienten. Von ihrem Verhalten hängt es ab, ob die Kranken gesunden und die entsprechende Betreuung auf dem Krankenbett bekommen. Die Schwester ist Tag und Nacht in Zusammenarbeit mit dem Arzt um den Patienten bemüht und für ihn verantwortlich. Die Hebung des Anfangsbezuges auf eine der Verantwortung und der verlangten Leistung entsprechende Höhe sei daher notwendig, ebenso die Anrechnung der dreijährigen Ausbildungszeit an Pflegeschulen als Vordienstzeit. Eine Erfüllung dieses Verlangens könnte ebenfalls eine Abwanderung vermeiden. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Schwestern schon während ihrer Ausbildungszeit vollen Dienst am Krankenbett machen, wofür sie jedoch nur eine Art Taschengeld erhalten. Auch diese Arbeitsleistung muß eine gerechte dienstrechtliche Regelung erfahren. Verlangt wird auch eine entsprechende Erhöhung der Diplomzulage, der Sonn- und Feiertagsabläse, der Erschwerniszulage, der Nachtdienstzulage und der monatlichen Mehrdienstleistungszulage sowie die Möglichkeit, nach einer dreißigjährigen Dienstzeit in den Genuß der vollen Pension zu gelangen. Der Beruf einer Schwester

sei so schwer, daß eine Schwester nach dreißig Dienstjahren das Recht hat, mit vollen Bezügen in Pension zu gehen.

Abschließend richtet GR. Hiltl den Appell an alle Gemeinderäte, möglichst rasch die Forderungen der Schwestern zu erfüllen.

GR. Neset (FPÖ) stellt fest, daß das Problem der Schwestern eine Sache sei, die alle betrifft und die von allen gemeinsam gelöst werden müsse. Es haben nur wenige Berufe für die Allgemeinheit und für jeden einzelnen so große Bedeutung, wie der Beruf der Schwester. Die Krankenschwestern haben einen nicht unwesentlichen Anteil an dem Ruf, den heute die Wiener medizinische Schule in aller Welt genießt. Es bedarf wohl zu keinem Beruf mehr der Berufung als zum Beruf einer Schwester. Nach drei schweren Lehrjahren, in denen die jungen Mädchen für ein Taschengeld arbeiten, treten sie in den Dienst der Stadt Wien oder eines Spitales, ohne daß man ihnen die Lehrjahre in ihre Dienstzeit einrechnet. Hier müßte unbedingt Wandel geschaffen werden. Aber nicht nur das Taschengeld, auch der Anfangsgehalt einer Schwester ist zu gering, auch wenn man eine Erschwerniszulage von 150 S monatlich hinzurechnet oder eine Reihe anderer Zulagen. Gerade für Frauen ist dieser Beruf eine ungeheure körperliche und nervliche Belastung. Das Problem, dem wir gegenüberstehen, liegt nicht darin, die Leistungen der Schwestern in Schillingen abzugelten. Das Problem ist, geeignete Bedingungen zu schaffen, damit junge Menschen einen Anreiz bekommen, diesen Beruf zu ergreifen.

Abschließend stellte GR. Neset fest, daß bei erschöpfender Beantwortung der dringlichen Anfrage durch Vizebürgermeister Slavik seine Fraktion auf die Dringlichkeit verzichten werde und die beiden Dinge, Antrag der ÖVP und Anfrage der FPÖ, in einem abgehandelt wisse.

GR. Lauscher (KLS) erklärte, daß die Unzufriedenheit bei den Schwestern allen bekannt gewesen sei. Die Situation sei beschämend für Wien und die Gemeinderäte. Die Krankenschwestern haben wenig von schönen Worten über ihren Beruf. Damit werde die materielle Lage der Schwestern nicht erleichtert.

Warum muß die Stadt Wien jetzt unter Druck verhandeln, warum hat man nicht rechtzeitig ein Kompromiß gesucht? Jetzt ist die Geduld der Schwestern am Ende, mit Versprechungen sind sie nicht

mehr abzuspeisen. Man wird ihnen Zugeständnisse machen müssen. Es liegt im Interesse der Stadt Wien, diese Forderungen zu erfüllen. Wir glauben, daß die Forderung, die Anfangsbezüge auf 1.600 Schilling zu erhöhen, berechtigt ist.

Der Redner machte sich zum Dolmetsch der in einer Resolution niedergelegten Forderungen der Krankenschwestern und erklärte: Wir haben nur den Wunsch, daß sich die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten mit dem Dienstgeber, der Stadt Wien zusammensetzt, um ein für die Schwestern und für das medizinisch-technische Personal annehmbares Kompromiß zu finden.

Vizebürgermeister Slavik verwies darauf, daß ihm die Forderungen der Schwesternschaft schon längere Zeit bekannt sind und er nicht auf Zeitungsmeldungen warten mußte. Er möchte nur davor warnen, daraus ein Politikum zu machen. Der Termin für Besprechungen, der 5. Juli, wurde längst festgesetzt und ist auch den Schwestern bekannt. Dieser Termin ergibt sich, weil vorher mit den Gewerkschaften über dieses schwierige Problem verhandelt wurde und für 4. Juli eine Besprechung mit dem Finanzminister vereinbart ist, um die Auswirkungen zu besprechen, die den Bund als Spitalerhalter betreffen.

Das Problem ist allein deswegen so schwierig, weil es 600 Zulagen beim Gemeindedienst gibt. Man soll nicht einfach nur von 1.060 Schilling reden. Die Zulagen sind ein wesentlicher Bestand des Lohnschemas beim öffentlichen Dienst. Wir können mit gutem Gewissen annehmen, daß der Mindestbruttobezug inklusive der Zulagen 1.360 Schilling beträgt.

Ein so schwieriges Problem kann man weder mit Leitartikeln noch mit einem Forderungsprogramm, das zumindest zum Teil unrealistisch ist, lösen. So ist zum Beispiel die geforderte Steuerfreiheit für Zulagen gar nicht Sache der Gemeinde Wien, sondern des Bundes. Auch müssen wir im Einvernehmen mit den anderen Spitalerhaltern vorgehen, wir müssen überlegen, wie alle Spitäler mit der notwendigen Anzahl von Schwestern versorgt werden können. Das alles muß geklärt werden, bevor man einen Termin festlegt.

Bis jetzt haben wir in der ÖVP-Presse immer nur gelesen, daß die Währung in Gefahr ist, wenn irgendwo eine Lohnforderung auf eine Erhöhung von 5 Prozent oder 50 Groschen erhoben wurde.

Wir stehen seit eh und je auf dem Standpunkt, daß eine fortschreitende Entwicklung unserer Technik bessere Leistungen und einen besseren Ertrag ermöglicht, daß sie aber auch eine höhere Anstrengung erfordert und abgegolten werden muß. Das gilt für uns aber nicht nur für einen Beruf, der momentan aktuell ist, und weil die Schwestern auf der Galerie sitzen, das gilt für uns für alle arbeitenden Menschen in Österreich (Beifall bei der SPÖ). Die Schwesternvertreterinnen werden jedenfalls den Standpunkt aller Spitalerhalter hören und die Möglichkeit haben, mit ihnen zu diskutieren.

Ich bin nicht ermächtigt, schloß der Vizebürgermeister, in dem jetzigen Zeitpunkt irgendwelche Zusagen zu machen. Ich darf nur versichern, daß ich mich bemühen werde, in sehr menschlichen und anständigen Gesprächen zu einer vernünftigen Regelung zu kommen (Beifall bei der SPÖ).

Über Befragen des Vorsitzenden, Bürgermeister Jonas, erklärte GR. Nessel, er glaube nicht, daß Vizebürgermeister Slavik noch weitere Erklärungen abgeben könne. Seine Fraktion sehe daher die Anfrage als beantwortet an und verzichte auf eine weitere Behandlung.

Abschlußansprache des Bürgermeisters

Hierauf ergriff Bürgermeister Jonas das Wort zu einer Abschlußansprache an die Mitglieder des Gemeinderates. Er sagte:

"Die heutige Sitzung war die letzte vor Beginn der Sommerferien. Auch im heurigen ersten Halbjahr hat der Gemeinderat der Stadt Wien Beschlüsse von weittragender Bedeutung gefaßt. Unter anderem seien hervorgehoben: die großen Verkehrsbauten auf der Ringstraße, die eine wesentliche Erleichterung im Verkehr bringen werden, sowie die Investitionen bei den großen Unternehmungen.

Man kann wohl mit Recht behaupten, daß Sie, meine Damen und Herren, für das Zustandekommen dieser Beschlüsse viel Mühe, Fleiß und Arbeit aufwenden mußten.

Die kommenden Wochen mögen Sie daher zu Ihrer verdienten Erholung benützen, um neu gestärkt im Herbst wieder Ihre Arbeit aufnehmen zu können. Unaufschiebbare Verfügungen werden während dieser Zeit vom Stadtsenat gemäß § 99 der Verfassung der Stadt Wien getroffen, wobei selbstverständlich die nachträgliche Zustimmung des Gemeinderates eingeholt wird.

Damit erkläre ich die heutige öffentliche Sitzung für geschlossen."

Frau Chruschtschew war in der Modeschule Hetzendorf
=====

1. Juli (RK) Die Gattin des sowjetischen Ministerpräsidenten, Nina Chruschtschew, stattete mit ihrer Tochter heute nachmittag in Begleitung der Gattin des Wiener Bürgermeisters, Grete Jonas, der Modeschule der Stadt Wien im Schloß Hetzendorf einen Besuch ab. Nach einer Begrüßung durch Direktor Prof. Liewehr und zwei Schülerinnen, die den Gästen Nelkensträuße überreichten, fand im Festsaal des Schlosses eine Modevorführung der Schülerinnen aus Hetzendorf statt, in der die neuesten Kreationen der Modeschülerinnen mit großem Erfolg vorgeführt wurden. In der Pause der Modeschau überreichte Frau Jonas der Gattin des Ministerpräsidenten eine Johann Strauß-Figur aus Augarten-Porzellan.

- - -

Zusammenstoß in der Wilhelminenstraße
=====

1. Juli (RK) Heute, um 8.33 Uhr, sind in der Wilhelminenstraße bei der Lienfeldergasse ein Lastkraftwagen und eine Straßenbahn der Linie 48 zusammengestoßen. Das Lastauto, das von dem 30jährigen Christian Liendl gelenkt wurde, fuhr in die rechte vordere Beiwagenplattform, wodurch der Beiwagen entgleiste. Dabei wurden sieben Personen leicht verletzt, und zwar die 71jährige Rentnerin Karoline Dvorschak, die 34jährige Elisabeth Grumbach, die siebenjährige Elisabeth Grumbach, die 15jährige Ursula Kubicza, der 13jährige Eduard Kaufmann, die 40jährige Leopoldine Pospischil und der 48jährige Schaffner Otto Wischata. Der entgleiste Beiwagen wurde von einer Rüstwagenmannschaft wieder ins Gleis gehoben. Der Beiwagen und das Lastauto sind erheblich beschädigt. Die Störung dauerte 32 Minuten.

- - -

Eine Feststellung zum Verband der Wohnungsuchenden
=====

1. Juli (RK) In Wien wird von einem "Verband der Wohnungsuchenden, Delogierten und Obdachlosen" für eine Meldeaktion für Wohnungsuchende geworben und unter anderem Mieter überbelegter oder gesundheitsschädlicher Wohnungen, Kriegsbeschädigte und Ausgebombte aufgefordert, bei dem genannten Verband sich zur Beratung und Betreuung zu melden.

Die äußere Form des für die "Bekanntmachung" verwendeten Plakates, vor allem auch der Hinweis, daß Personen, die der Meldeaktion nicht Folge leisten, gegenüber dem Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 50, nicht vertreten werden können, erweckt den Anschein, als würde diese Aktion in Verbindung oder gar mit Unterstützung des Wiener Magistrates unternommen.

Dazu wird festgestellt, daß der "Verband der Wohnungsuchenden, Delogierten und Obdachlosen" als Verein errichtet und lediglich auf privater Basis tätig ist. Eine Verbindung mit dem Wiener Magistrat als Behörde besteht nicht. Noch weniger kann eine bevorzugte Behandlung des Vereines durch den Magistrat erwartet werden.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß jeder Wohnungswerber in Wien die Möglichkeit hat, sich bei der Zentralen Auskunftsstelle der Magistratsabteilung 50 in Wien 1, Rathausstraße 5, oder bei den Außenstellen in den Bezirken zu melden. Im übrigen hat die Gemeinde Wien seit dem Außerkrafttreten des Neuvermietungsgesetzes auf Wohnungen, die durch private Wohnungsinhaber vermietet werden, keinen Einfluß.

- - -

Am Hochspannungskabel verunglückt
=====

1. Juli (RK) Bei Arbeiten an einem spannungslosen Bahnspisekabel in der Schloßhofer Straße trat an einem benachbarten Hochspannungskabel ein Kurzschluß auf. Durch den Kurzschlußlichtbogen erlitt der 37jährige Montaur der Wiener E-Werke, Kurt Schmid, schwere Verbrennungen und wurde in die Klinik Tappeiner eingeliefert.

- - -

Ehrenmedaille der Stadt Wien für Ernst Krenek und Leo Santifaller
=====

1. Juli (RK) Der Wiener Gemeinderat hat heute beschlossen, dem Wiener Komponisten Ernst Krenek und dem Historiker Univ.-Prof. Dr. Leo Santifaller die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold zu verleihen.

Ernst Krenek, geboren am 23. August 1900 in Wien, besuchte hier das Gymnasium und Vorlesungen an der Universität. Gleichzeitig besuchte er die Wiener Musikakademie, übersiedelte später nach Berlin, um bei Franz Schreker Kompositionslehre zu studieren. Er lernte alte Meister (Schubert) ebenso schätzen wie neue (Schönberg, Bartok) zu verstehen und erzielte mit seinen Erstlingswerken von fortschrittlicher Tonsprache großen Erfolg. Der inneren Lösung von Schreker folgt die äußere. Er ging 1924 nach Zürich und 1925 als musikalischer Beirat Paul Bekkers an das Opernhaus Kassel. Die Theaterpraxis förderte neue Seiten seiner Begabung. Nach der szenischen Kantate "Zwingsburg", der komischen Oper "Der Sprung über den Schatten", der Oper "Orpheus und Eurydike" und mehreren Bühnenmusiken zu Werken Goethes und Shakespeares erzielte er mit der Jazzoper "Jonny spielt auf" einen Sensationserfolg. 1928 kehrte Krenek nach Wien zurück. Für seine innere Entwicklung wurde diese Wiener Zeit überaus bedeutsam. Sie stand unter dem Eindruck des persönlichen Umgangs mit Karl Kraus und den Schönberg-Schülern Alban Berg und Karl Anton Webern und ließ ihn am öffentlichen Leben in verschiedenen Funktionen bedeutsam teilnehmen, so als Musikschriftsteller und Mitarbeiter in Tages- und Fachpresse, als Vortragender über neue Musik, Organisator von Konzerten zeitgenössischer Kammermusik, als österreichischen Delegierten bei den Musikfesten der internationalen Gesellschaft für neue Musik, als Präsidenten der Österreichischen Genossenschaft dramatischer Schriftsteller und Bühnenkomponisten. Den Abschluß dieser Periode, in der sich der Komponist Krenek endgültig der von Schönberg propagierten Zwölftonmusik verschrieb, bildete sein großes Musikdrama "Karl V.", mit dem Krenek auch als dramatischer Dichter Wertvolles schuf. Diese Oper stellt zugleich sein politisches Bekenntnis zu einer

fortschrittlich-liberalen, aus seinem überzeugten Österreichertum geborenen Weltanschauung dar.' Der Erstaufführung dieses Werkes in Prag im Frühjahr 1938 konnte er nicht mehr beiwohnen, da er nach Amerika emigriert war. In Amerika hatte er eine Lehrstelle für Musiktheorie am Vassar-College in Poughkeepsie bei New York inne; 1942 wurde er zum Leiter der Musikabteilung an der Hamline University in St. Paul (Minnesota) ernannt. Seine Lehrtätigkeit regte ihn zu intensiven historischen Studien an, die auf sein kompositorisches Schaffen nicht ohne Einfluß blieben. 1947 übersiedelte er nach Los Angeles und wirkt dort - mit einjähriger Unterbrechung, als er 1949 vorübergehend die Direktion einer Musikschule in Chicago übernahm - als Komponist und Musikpädagoge.

Leo Santifaller wurde am 24. Juli 1890 in Kastelrut geboren, absolvierte das Gymnasium in Bozen und studierte an den Universitäten Wien, Freiburg i.Br. und Innsbruck Geschichte, Rechts- und Kunstgeschichte bei den Professoren Redlich, Ottenthal, Dopsch, Below, Finke und Meinecke. 1919 promovierte er als Dr. phil. und absolvierte anschließend bis 1921 das Institut für Österreichische Geschichtsforschung. Von 1921 bis 1926 leitete er das Staatsarchiv und das Kunstant in Bozen. 1927 ging er an das Preußische Historische Institut in Rom und noch im selben Jahr als geschäftsführender Assistent und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Monumenta Germaniae Historica nach Berlin, wo er sich 1928 als Dozent habilitierte. Schon 1929 wurde er als o. Professor für mittlere und neuere Geschichte an die Universität Breslau berufen, kam 1943 nach Wien als o. Univ.Prof. für Geschichte des Mittelalters und historische Hilfswissenschaften. Seit 1945 ist er Vorstand des Institutes für Österreichische Geschichtsforschung, Mitglied der Zentraldirektion und Leiter der Wiener Diplomata-Abteilung der Monumenta Germaniae Historica, sowie anderer wissenschaftlicher Unternehmungen.

Den überwiegenden Teil der zahlreichen Veröffentlichungen Univ.Prof. Dr. Santifallers bilden Untersuchungen hoch- und frühmittelalterlicher Geschichtsquellen und deren für das historische Fachpublikum bestimmte Edition. Insbesondere die mittelalterlichen Geschichtsquellen Südtirols, später auch die Schlesiens, sind von ihm bearbeitet worden. In seinem derzeitigen Wirkungs-

kreis sind die Herrscher- und Papsturkunden des Mittelalters eines seiner Hauptarbeitsgebiete. Als Vorstand des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung ist er richtunggebend für die Forschungen zahlreicher Mitarbeiter und Studierender; die Arbeiten des Instituts an den Urkunden der Babenberger und Habsburger, an den österreichischen Urbaren, den Diplomatischen Akten des Haus-, Hof- und Staatsarchivs und an anderen Spezialgebieten der historischen Forschung vollzogen sich in den letzten fünfzehn Jahren unter seiner Leitung und zum Teil unter seiner persönlichen Mitarbeit. In den letzten Jahren hat sich Univ.Prof. Dr. Santifaller mit Untersuchungen über das Urkunden- und Kanzleiwesen der Päpste, mit lateinischer Paläographie und Urkundenforschung, mit Untersuchungen über das Verhältnis von Ständewesen und Kirche in Mittelalter und Neuzeit befaßt; weiters mit einer zusammenfassenden Untersuchung über das ottonisch-salische Reichskirchensystem, wie überhaupt das Verhältnis von Kirche und Staat ein Hauptgebiet seines Interesses als Geschichtsforscher darstellt.

Univ.Prof. Dr. Santifaller wurde 1943 korrespondierendes und 1945 wirkl. Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und ist weiters Mitglied mehrerer ausländischer Akademien. In der Österreichischen Akademie hat er die Leitung verschiedener wissenschaftlicher Kommissionen inne.

Univ.Prof. Dr. Leo Santifaller kann als Vertreter jener Schule der österreichischen Geschichtsforschung bezeichnet werden, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorwiegend von der Wiener und Innsbrucker Universität ihren Ausgang genommen hat und sich vornehmlich der auf exakter Quellenarbeit beruhenden Erforschung der Mittelalterlichen Geschichte zugewendet hat. Er ist einer der hervorragendsten Vertreter der österreichischen Geschichtsforschung der Gegenwart und kann als verdienstvoller akademischer Lehrer und Neugestalter des Wiener wissenschaftlichen Lebens auf dem Gebiete der geschichtlichen Wissenschaften in Wien seit dem Ende des 2. Weltkriegs bezeichnet werden.